

Robinsons Kampf für die Freiheit: AfD-Abgeordneter solidarisiert sich!

Britische Justiz revidiert das Urteil gegen Tommy Robinson; AfD-Abgeordneter Bystron zeigt Solidarität und fordert Meinungsfreiheit.



Woodhill, Großbritannien - Am 20. Mai 2025 revidierte die britische Justiz das Urteil gegen den bekannten Aktivisten Tommy Robinson, was auf internationalen Druck zurückzuführen ist. Robinson, dessen Verurteilung auf seine migrationskritische Dokumentation „Silenced“ zurückzuführen ist, hatte eine Haftstrafe von 18 Monaten erhalten. Petr Bystron, ein AfD-Abgeordneter im Europäischen Parlament, äußerte seine Erleichterung über diese Entscheidung. Er bezeichnete Robinson als politischen Gefangenen, der von Globalisten ins Gefängnis gesteckt wurde, und besuchte ihn im Hochsicherheitsgefängnis Woodhill, um ihm Solidarität zu zeigen.

Robinson befindet sich seit sechs Monaten in Einzelhaft und hat

sich entschieden, sein Video nicht zurückzuziehen, obwohl ihm dies angeboten wurde. Diese Weigerung zeigt seinen unerschütterlichen Willen, für die Meinungsfreiheit einzustehen. Während des Besuchs bestätigte Bystron die Wichtigkeit, Stimmen wie die von Robinson zu unterstützen und auf die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit in Europa hinzuweisen.

Aktuelle Herausforderungen für die Meinungsfreiheit

Die Verfolgung von Aktivisten und Journalisten nimmt in vielen europäischen Ländern zu. Bystron betont, dass immer mehr Menschen wegen der Aufdeckung von Missständen eingeschüchtert und zensiert werden. Diese Entwicklung ist nicht nur auf Großbritannien beschränkt; in Deutschland gibt es ebenfalls Besorgnis über die Unterdrückung oppositioneller Stimmen. Beispiele dafür sind die Inhaftierung des Bloggers Shlomo und die Bewährungsstrafe für David Bendels.

Robinson, der seit Jahren gegen Vergewaltigerbanden und die Islamisierung des Westens kämpft, sieht sich Attacken von verschiedenen Seiten, einschließlich von Regierung, Justiz und Medien, ausgesetzt. Trotz dieser widrigen Umstände plant er, nach seiner Haftentlassung weiterhin für die Meinungsfreiheit zu kämpfen.

Die internationale Dimension der Pressefreiheit

Die Probleme der Meinungsfreiheit und der Sicherheit von Journalisten sind nicht nur auf Europa beschränkt. Laut Amnesty ist Mexiko das Land mit den meisten getöteten Journalist*innen. Im Jahr 2022 wurden dort elf Medienschaffende ermordet, während 28 weitere als vermisst gelten. Lokale Journalisten sind besonders gefährdet, da sie über Korruption und die Verstrickungen von Politikern und Drogenbanden berichten

müssen. In der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich die Repression gegen die Presse weiter verschärft.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass die Medien in vielen Ländern unter Druck stehen. In Deutschland wird die Bedrohung durch Gewalt gegen Journalist*innen ernst genommen. Laut Jörg Reichel von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) ist eine Zunahme der Angriffe während Demonstrationen zu verzeichnen, insbesondere während der Corona-Proteste.

Petr Bystron blickt optimistisch in die Zukunft und hebt den Mut von Robinson hervor, der als eine Art Symbolfigur im Kampf für die Meinungsfreiheit gilt. Robinson plant weitere Aktionen in Großbritannien und möchte seinen Kampf für Gerechtigkeit und den Schutz von Dissidenten fortsetzen. Die Situation in Europa bleibt angespannt, und die Frage der Pressefreiheit ist zentral für die zukünftige Entwicklung demokratischer Werte.

Insgesamt ist die Situation für Aktivisten und Journalisten in Europa und darüber hinaus besorgniserregend. Es ist unerlässlich, dass sich die Gesellschaft aktiv für ihre Rechte einsetzt, um eine Unterdrückung der Wahrheit zu verhindern.

Unser Mitteleuropa
Philosophia Perennis
Amnesty

Details	
Vorfall	politische Verfolgung
Ort	Woodhill, Großbritannien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.unser-mittleuropa.com• philosophia-perennis.com• www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de